

dies aus den Akten möglich ist (Bravo!), und wir wollen dadurch in die Lage versetzt sein, wenn es notwendig sein sollte, Ihren Wünschen besser Nachdruck zu verleihen und sie wirksamer zu vertreten.

In diesem Sinne wiederhole ich, daß wir Ihren Beratungen den besten Erfolg wünschen zum Segen des Buchhandels und damit des deutschen Wirtschaftslebens überhaupt. (Lebhafte Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender, Hofrat Dr. A. Meiner (Leipzig): Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein:

1. Antrag der Herren Paul Ritschmann (Berlin), Albert Diederich (Dresden), Otto Paetsch (Königsberg), Joh. Heinr. Eckardt (Heidelberg), Ernst Schmerzhahl (Berlin).

Ehe ich dem Antragsteller das Wort gebe, möchte ich folgendes bemerken:

Der Streit um die Notstandsordnung ist ja der eigentliche Anlaß zur Einberufung der heutigen außerordentlichen Hauptversammlung. Der Streit ist jetzt gut ein Jahr alt. Die Erhöhung des Sortimenterteuerungszuschlags auf 20% im Januar vorigen Jahres und der Widerspruch der 29 wissenschaftlichen Verleger dagegen bildete den Anfang. Kritisch wurde die Lage dadurch, daß ungefähr gleichzeitig die Bücherpreise ganz bedeutend in die Höhe gingen, daß sich also die wirtschaftlichen Verhältnisse so wesentlich änderten, daß eine Reform der Notstandsordnung sich unumgänglich erforderlich machte. Den ersten Reformversuch haben wir im Juli bekanntgegeben. Er ist vom Verlag und dann auch vom Sortiment, das ihn ursprünglich angenommen hatte, wieder abgelehnt worden. Der Vorstand sah sich also einem Chaos gegenüber. Die Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse war dringend nötig. Einen dahingehenden Versuch machte der Vorstand mit der Verordnung vom 5. Oktober. Sie wissen, meine Herren, daß die Mitglieder des Vorstandes deswegen vor die öffentlichen Gerichte gezogen worden sind, sich auch verschiedentlich öffentlich persönliche Angriffe in bisher nicht üblich gewesener Art haben gefallen lassen müssen, nur weil sie hier nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht zu tun bemüht gewesen sind. Darauf näher einzugehen, werden Sie mir wohl ersparen.

Der Vorstand möchte sich unter diesen Umständen vorläufig überhaupt nicht weiter äußern. Er wird sich darauf beschränken, zunächst die Verhandlungen nur formell zu leiten, und überläßt es den Antragstellern, ihre Vorschläge zu machen.

Das Wort hat der erste Antragsteller, Herr Paul Ritschmann.

Antragsteller Paul Ritschmann (Berlin): Meine Herren Kollegen! Was die Antragsteller veranlaßt hat, Ihnen die Mühe aufzubürden, in dieser ungewöhnlichen Zeit zu einer — wie wir vom Vorstandstische gehört haben, seit 34 Jahren nicht üblich gewesenen — außerordentlichen Hauptversammlung nach Leipzig zu kommen, ist die tiefe und schwere Sorge um die Existenz nicht nur des deutschen Buchhandels gewesen, sondern die noch tiefere und schwerere Sorge um die Existenz des deutschen Buches. Wir haben uns als Vertreter des deutschen Sortimentsbuchhandels heiß bemüht, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten und Wirrnissen zu finden, die, wie Sie alle wissen, seit länger denn einem Jahre den deutschen Buchhandel in seinen Grundfesten erschüttern. Wir haben uns ernstlich bemüht, jeder Anregung nachzugehen, die uns von irgendeiner Seite geworden ist, um aus diesen Verhältnissen herauszukommen. Aber ich muß es vorausschicken: solche Anregungen sind uns von außen so gut wie keine gekommen. Das Sortiment hat, bedrückt von dem Gefühl der Verantwortung, das es für die Verbreitung des deutschen Buches, das es als Kulturträger auf sich zu nehmen hat, immer und immer wieder danach gestrebt, den Teuerungszuschlag der sogenannten Notstandsordnung zu vermindern und abzubauen, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse irgendwie gestatten.

Meine Herren, ich will auf die wirtschaftlichen Verhältnisse hier nicht eingehen. Ich weiß nicht, ob jemand in Ihrer Mitte ist, der aufstehen und sagen wird: Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seit jener Zeit, als wir mit Zustimmung des gesamten deutschen Verlags, als wir mit Zustimmung der hohen Reichsbehörden beschlossen hatten, auf die Ladenpreise einen 20%igen Zuschlag zu nehmen, zum Bessern gewandelt. Haben sie es nicht, meine Herren Kollegen, dann wäre der Beweis erbracht, daß wir bei den damals so einmütig oder wenigstens nur gegen eine kleine Gegnerschaft gefaßten Beschlüssen hätten bleiben sollen, — so lange bleiben sollen, bis es nach reiflicher Überlegung der verschiedenen Zweige des deutschen Buchhandels möglich gewesen wäre, am einen oder am andern Ende mit dem Abbau zu beginnen.

Bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium in Berlin im April vorigen Jahres wurde mit eklatanter Deutlichkeit von Seiten der Vertreter der Regierung zum Ausdruck gebracht, daß die unübersichtlichen Wirtschaftsverhältnisse das Sortiment dazu zwingen, wenn es bestehen bleiben will, wenn es seinen Verpflichtungen gegen den Verlag, gegen den Bücherabnehmer, gegen die Kultur und gegen das Buch weiter nachkommen will, Zuschläge zum Ladenpreise zu erheben. Wir haben bisher nicht von den hohen Behörden des Reiches und der Einzelstaaten erfahren, daß sich diese Wirtschaftslage geklärt hat; im Gegenteil, es ist immer und immer wieder gesagt worden: die Wirtschaftslage ist so unübersichtlich, daß wir alle aus der Hand in den Mund leben, daß wir nicht wissen, was in vier Wochen, daß wir nicht einmal wissen, was übermorgen mit dem Wirtschaftsleben sein wird. Aber, meine Herren, auf diese Fragen einzugehen, hat in dieser großen Versammlung und vor diesem Forum keinen Zweck. Ich glaube, ich würde auch offene Türen einlaufen; denn das, was ich auszuführen hätte, weiß jeder von Ihnen, fühlt jeder zum mindesten im eigenen Herzen und im eigenen Betriebe.

Meine Herren, die Antragsteller haben sich gefragt: Welche Wege gibt es, um dem Wunsche der kleinen, aber starken Minderheit des Verlags entgegenzuwirken, die seit Jahresfrist immer und immer wieder mit den äußersten Machtmitteln, mit Machtmitteln, die, wie Sie durch Ihren Beifall zum Ausdruck gebracht haben, nicht Ihre Zustimmung gefunden haben, versucht haben, den Abbau der Notstandsordnung zu erzwingen? Welche Möglichkeiten sind gegeben, um den Frieden im deutschen Buchhandel, um den Frieden mit dieser starken Gruppe des Verlags wieder herzustellen? Welche Mittel sind gegeben, bei der Notstandsordnung einen Abbau vorzunehmen? Meine Herren, ich erkläre von vornherein, daß dem deutschen Sortimentsbuchhandel jeder Weg genehm und gangbar erscheint, der nicht seine Existenz gefährdet. Wir haben das immer und immer wieder zum Ausdruck gebracht, und ich erkläre es heute hier öffentlich in Gegenwart der Vertretung des gesamten deutschen Buchhandels und der Vertretung einer Wirtschaftsbehörde.

Meine Herren, es sind ja verschiedene Vorschläge gemacht worden, die auch nur kurz zu streifen ich mir versagen muß. Ich will sie nur aufzählen. — Es ist der Vorschlag gemacht worden, man solle auf das, was man nie hätte verlassen sollen, auf die Notstandsordnung vom Januar 1920, zurückgehen und den heutigen Wirtschaftsverhältnissen entsprechend an der einen oder andern Stelle Ausnahmen konstruieren, etwa in der Form, daß man dem notleidenden wissenschaftlichen Publikum das Buch verbilligen möge, daß der Sortimenter bei dieser Literatur auf Verdienst oder auf den größten Teil des Verdienstes verzichten möge, daß man die Schulbücher verbilligen möge und ähnliches. Es ist ferner der Vorschlag gemacht worden — und der geht hauptsächlich von einer starken Gruppe des Leipziger Verlags aus, — man solle es vertrauensvoll, wie bisher, den einzelnen Kreis- und Ortsvereinen des deutschen Buchhandels überlassen, selbst zu bestimmen, wie die Wirtschaftsverhältnisse in ihrem Bezirke gelagert sind, und welche Zuschläge zum Ladenpreise sie unter den heutigen Verhältnissen für nötig halten. Meine Herren, das ist der sogenannte Quellsche Vorschlag. Herr Quelle hat diesen Vorschlag warm verteidigt und hat gesagt: Ich habe das Vertrauen zu